

An die Vertreterinnen
und Vertreter der Medien

Mainz, 12. Januar 2016

- 2 Seiten -

Pressemitteilung der LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz

Inklusion Geflüchteter in das deutsche Bildungssystem

Die LandesschülerInnenvertretung Rheinland-Pfalz fordert, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche umgehend nach ihrer Ankunft in Deutschland und unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus, ihrem Herkunftsland und ihren Sprachkenntnissen in das Bildungssystem inkludiert werden. Allen Kindern und Jugendlichen muss die bestmögliche Bildung gewährt werden.

Dabei müssen schnellstmöglich alle Voraussetzungen geschaffen werden, um die Geflüchteten in Regelschulen aufzunehmen. Sie sind in kleinen Lerngruppen fachspezifisch zu fördern, sodass sie frühestmöglich den Regelunterricht besuchen können. Eine exklusive Beschulung in Gemeinschaftsunterkünften darf keine Option sein und ein längerer Aufenthalt in Erstaufnahmeeinrichtungen muss daher vermieden werden.

Arnon Lahwpech, Landesvorstandsmitglied der LandesschülerInnenvertretung, erklärt: „Unser Schulsystem muss auch älteren geflüchteten Jugendlichen, die die Schulpflicht überschreiten, die Chance eröffnen, unsere Sprache zu lernen und einen Schul- oder Berufsabschluss zu erhalten.“ Die LSV fordert überdies, dass Bildung und Ausbildung vor Abschiebung schützen. „Der Abschluss einer beruflichen Ausbildung muss in ein Bleiberecht in Deutschland münden. Geflüchtete sollen offensiv dazu eingeladen werden, dauerhaft unsere Mitschülerinnen und Mitschüler, respektive Mitbürgerinnen und Mitbürger zu werden“, so Arnon Lahwpech weiter.

Auch auf Bundesebene hat sich die LSV für ein solidarisches Verhalten gegenüber den neuen MitschülerInnen starkgemacht. Bei der Bundesschüler(Innen)konferenz, die vom 11.-13. Dezember in Hannover tagte, haben sich die rheinland-pfälzischen Bundesdelegierten

mit den VertreterInnen der anderen Landesvertretungen getroffen und über das Thema debattiert. Dabei setzten sie sich besonders dafür ein, die Teilhabe der Geflüchteten in unserem Bildungssystem als Frage der Inklusion zu verstehen: „Schon seit einiger Zeit setzt sich die LSV Rheinland-Pfalz für Inklusion ein. Unser Bildungssystem muss von Anfang an für alle gedacht werden, unabhängig davon, welche gruppenbezogenen Merkmale ein Mensch hat (Herkunft, Behinderungen, Geschlecht, Sexualität usw.). Niemand darf ausgegrenzt werden“, äußert sich Bundesdelegierter Marvin Müller.

„Besonders wichtig war es für uns auch, dass im Unterricht Raum geboten wird, um sich diesem aktuellen Thema zu widmen und so die persönliche Auseinandersetzung jedes und jeder Einzelnen zu fördern. Vorurteile sollen so durch Fakten ersetzt werden und der Rassismus und Rechtsextremismus in Deutschland muss als ernsthaftes Problem erkannt und diskutiert werden“, so Marvin Müller.

Für den Unterricht Deutsch als Zweitsprache / Deutsch als Fremdsprache benötigen die Schulen ausreichend qualifiziertes Personal. Daher fordert die LSV Rheinland-Pfalz, ebenso wie die Bundesschülerkonferenz im erarbeiteten Positionspapier, welches im Anhang zu finden ist, dass Deutsch als Fremdsprache obligatorischer Teil der Lehramtsausbildung wird. Außerdem ist die intensive psychologische Betreuung der Geflüchteten unabdingbar, die Beratungsmöglichkeiten müssen den Betroffenen hürdenlos vermittelt werden und die Einstellung von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen muss verstärkt werden.

Abschließend unterstreicht die LandeschülerInnenvertretung die Position der BSK, Schülerinnen und Schüler in ganz Deutschland dazu zu ermutigen, sich an der Inklusion Geflüchteter zu beteiligen und unterstützt Projekte pro Willkommenskultur.

Für weitere Informationen steht Ihnen unser Bundesdelegierter und Mitglied im erweiterten Landesvorstand, Marvin Müller, Handynummer: 0178 9628258, E-Mail: marvin.mueller@lsvrlp.de, zur Verfügung.

Anlage:

Positionspapier der Bundesschülerkonferenz (BSK) zum Thema, beschlossen auf dem BSK-Plenum am 13.12.2015 in Hannover